

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

11.04.2022

Inhalt

EWN

1 Klimastiftung MV muss Nord-Stream-Zahlungen offen legen <i>nordkurier.de, 08.04.2022</i>	3
2 Zunehmende Zweifel am Atomausstieg <i>BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN Karlsruhe, 09.04.2022</i>	4
3 Bekommen deutsche Kernkraftwerke eine zweite Chance <i>Braunschweiger-Zeitung.de, 08.04.2022</i>	6

Klimastiftung MV muss Nord-Stream-Zahlungen offen legen

Weil die Stiftung schon arbeitete, bevor sie Geld dafür erhalten hatte, muss sie laut Gericht nun Fragen zu Finanzen und zur Fertigstellung von Nord Stream 2 beantworten.

Schwerin. Mecklenburg-Vorpommerns umstrittene Klimastiftung muss weitergehende Auskünfte zu seiner Unterstützung der deutsch-russischen Gaspipeline Nord Stream 2 geben. Einem Antrag auf einstweilige Verfügung sei entsprochen worden, teilte das Landgericht Schwerin am Freitag mit.

Entscheidend war demnach, dass durch die Stiftung öffentliche Aufgaben mit öffentlichen Mitteln wahrgenommen wurden und aus Sicht der Kammer ein beherrschender Einfluss der Landesregierung besteht. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig, der Stiftung steht eine Berufung beim Oberlandesgericht offen.

Der Klägerin der Transparenz-Plattform „Frag den Staat“ ist laut Gericht auf Basis des Landespressege-

setzes Antwort auf Fragen zum wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb der Stiftung zu geben. Antworten zur Art und Weise, in der die Stiftung die Fertigstellung der Pipeline Nord Stream 2 unterstützt hat, waren von den Verantwortlichen in der Vergangenheit stets verweigert worden.

Die Ostsee-Pipeline Nord Stream 2 ist seit dem Vorjahr fertig, bekam nach Beginn des russischen Angriffs auf die Ukraine aber keine Betriebserlaubnis. Als Reaktion auf den russischen Einmarsch beschloss der Schweriner Landtag zudem die Auflösung der Stiftung, darum wird allerdings noch rechtlich gestritten. Offen ist auch, ob die Stiftungseinlage – wie vom Landtag befürwortet – für humanitäre Hilfe in der Ukraine eingesetzt werden kann.

 BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN Karlsruhe | 09.04.2022 | S. 3

 Auflage: 29.266 | Reichweite: 112.570

 Erika Becker

Zunehmende Zweifel am Atomausstieg

Ministerin Walkers Aussage „Personal ist weg“ trifft so in Neckarwestheim nicht zu / Betreiber hat Weiterbeschäftigung sichergestellt

Karlsruhe/Stuttgart. Soll das einzige in Baden-Württemberg verbliebene Atomkraftwerk Neckarwestheim 2 angesichts der derzeitigen Energiekrise und des Ukraine-Kriegs wirklich vom Netz gehen? 2020 hat es mit einem Viertel zur hierzulande produzierten Strommenge beigetragen. Die zuständigen Bundes- und Landesministerien befürworteten die Abschaltung trotzdem – die Frage sei geprüft worden. Doch die Zweifel mehren sich, wie genau die Grünen-geführten Häuser da eigentlich hingeschaut haben.

Ganze fünf Seiten lang ist der „Prüfvermerk“ von Bundesumwelt- und -wirtschaftsministerium von Anfang März, bevor er zu dem Schluss kommt: „Im Ergebnis einer Abwägung von Nutzen und Risiken ist eine Laufzeitverlängerung der drei noch bestehenden Atomkraftwerke auch angesichts der aktuellen Gas- und Kohlekrise nicht zu empfehlen.“ Eine Verlängerung könne nur sehr begrenzt zur Lösung des Problems beitragen, die Kosten sowie Risiken eines Weiterbetriebs, die der Staat übernehmen müsste, stünden nicht im Verhältnis.

Die bayerische Landesregierung hat sich bereits für eine längere Laufzeit des Atom-Meilers Isar 2 ausgesprochen, auch dessen Betreiber Preussen-Elektra warb jüngst im „Spiegel“ dafür. Die dürren Zeilen des Berliner „Prüfvermerks“ reichten den Regierenden in Bayern offenbar nicht – sie fordern von der Bundesregierung eine offizielle Stellungnahme zum Weiterbetrieb.

Baden-Württembergs Umweltministerin Thekla Walker (Grüne) bezieht sich dagegen auf genau diese Berliner Prüfungen, um ihre ablehnende Haltung zu untermauern. Mitte März erklärte sie in der „Stuttgarter Zeitung“ wörtlich: „Es müssten neue Sicherheitschecks gemacht werden, das Personal ist nicht mehr da, die Brennstäbe müssten neu gekauft werden – allein die Lieferung würde eineinhalb Jahre dauern. Deshalb ist das Thema vom Tisch.“ Diese Aussage sei nach wie vor gültig, erklärt das Ministerium am Freitag auf Anfrage der Badischen Neuesten Nachrichten und

des Badischen Tagblatts. Eine Antwort der EnBW wirft aber zumindest auf die Frage des Personals ein ganz anderes Licht. Die Logik, dass unmittelbar im Zuge der Abschaltung von Neckarwestheim 2 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter „von Bord gehen“, sei nicht zutreffend, heißt es da. „Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben eine Perspektive über die Abschaltung hinaus“, so eine EnBW-Sprecherin. Mit dem fortschreitenden Rückbau der Anlagen werde sich die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dann zwar verringern, „betriebsbedingte Kündigungen sind im Kontext der Abschaltung und des Rückbaus aber ausgeschlossen“. Insgesamt arbeiteten dort 700 Beschäftigte am Rückbau von Block 1 und am Betrieb von Block 2.

Auch in punkto Sicherheit von Neckarwestheim 2 klingt die Einschätzung der EnBW nicht, als ob ein Weiterbetrieb undenkbar wäre. Block 2 „verfügt über ein – auch im internationalen Vergleich – sehr hohes Sicherheitsniveau und wird von der EnBW sicher und verantwortungsbewusst betrieben“.

Baden-Württembergs Umweltministerium entdeckt in der Debatte um die Laufzeitverlängerung – obwohl von Grünen geführt – die Vorzüge der Kohle: „Die Vorbereitungen, um die Laufzeiten der AKW zu verlängern, würden insgesamt erhebliche Zeit in Anspruch nehmen, so dass AKW in der gegenwärtigen Situation keine Hilfe darstellen können“, heißt es in einer aktuellen Antwort an die Redaktion. „Vor diesem Hintergrund ist es einfacher, ein zur Abschaltung vorgesehene oder ein abgeschaltetes Kohlekraftwerk weiter zu betreiben, als die Laufzeit der Kernkraftwerke zu verlängern.“

Es ist ein CDU-Mann, der die damit verbundenen Schäden für den Klimaschutz in den Blick rückt. Dem energiepolitischen Sprecher der CDU-Fraktion im Stuttgarter Landtag, Raimund Haser, geben die Größenordnungen bei Stromproduktion und Kohlendioxid-Ausstoß zu denken. Der Atomausstieg soll zumindest kurzfristig überdacht werden, fordert er. „Mich treibt

um, über was für Mengen wir da reden. Wir können die Leistung der Kernenergie irgendwann einmal durch die Erneuerbaren Energien ersetzen, aber leider jetzt noch nicht“, sagt er auf Anfrage der BNN. „Aktuell müssten wir die Jahresproduktion von Neckarwestheim von 10.000 GWh im Jahr – immerhin ein Sechstel des gesamten Stromverbrauchs in Baden-Württemberg – zum Großteil durch Kohle ersetzen. Das bedeutet bis zu zehn Millionen Tonnen CO₂ mehr pro Jahr!“ Von Klimaschutz könne da keine Rede sein.

Haser: Wasserstoffnetz kommt frühestens 2035

Vom Bund fordert Haser mehr Unterstützung, um die Fertigstellung der Südlink-Stromtrasse zu beschleunigen. „Hier stehen wir aktuell im Jahr 2029, dabei sollte sie längst fertig sein.“ Das für die Abkehr von fossilen Brennstoffen zudem nötige Wasserstoffnetz

kommt frühestens 2035 – „spätestens dann werden wir zudem auch auf Technologien wie Tiefe Geothermie oder Pumpspeicherkraftwerke zurückgreifen können. Bis dahin werden wir allerdings schon aus finanziellen Gründen heraus auf Kohle setzen. Und die holen wir ab sofort ausgerechnet aus Kolumbien, dazu noch Flüssiggas aus Katar und Fracking-Gas aus den USA“.

Beim grünen Regierungspartner stößt er auf taube Ohren. „Unsere Position bleibt, wie sie ist“, bekräftigt eine Sprecherin von Umweltministerin Walker. „Wir müssen nach dem Ende der Kernenergie die Erneuerbaren noch kraftvoller und schneller ausbauen, um uns auch aus der Energie-Abhängigkeit von Russland zu befreien. Sonne und Wind gehören niemandem und sind überall verfügbar, dazu verursachen sie keinen hochradioaktiven Müll und sind sicher.“

📰 Braunschweiger-Zeitung.de | 08.04.2022 | S. 18:15 Uhr

👤 Andreas Schweiger

🔗 WEBLINK

Bekommen deutsche Kernkraftwerke eine zweite Chance

Entscheiden muss die Politik. Was aber ist mit der Technik? Wäre sie fit für die Zukunft? Ein Experte liefert Antworten.

Nach dem katastrophalen Unfall im japanischen Kernkraftwerk Fukushima als Folge eines Tsunamis im März 2011 entschied die deutsche Politik quasi über Nacht den Ausstieg aus der Energieerzeugung in Kernkraftwerken. Es war der Ausstieg aus dem Ausstieg des Ausstiegs — denn die damalige Bundesregierung unter Kanzlerin Angela Merkel hatte den zuvor vereinbarten Atomausstieg wieder rückgängig gemacht, um diese Entscheidung nach Fukushima dann doch wieder zurückzunehmen. Der damalige Beschluss: Ende 2022 sollen die letzten deutschen Kernkraftwerke vom Netz gehen.

Nun, ein Dreivierteljahr vor dem Ablauf dieser Frist, überrollt ein energiepolitischer Tsunami Europa und vor allem Deutschland. Der Überfall Russlands auf die Ukraine legt die Abhängigkeit Deutschlands von fossilen Energien — vor allem Gas — aus Russland offen. Der Import von Öl, Gas und Kohle aus Russland ist nicht nur unter CO₂-Gesichtspunkten kritisch, sondern auch unter ethischen und machtpolitischen Aspekten. Ist es ethisch zu vertreten, Öl und Gas zu beziehen, um den eigenen Wohlstand zu bewahren und weiter in zu leben, während der energieliefernde Staat einen Angriffskrieg führt?

Die große daraus resultierende Frage: Beschließt die Bundesregierung erneut einen Ausstieg vom Ausstieg? Die Antwort ist offen. Klar ist aber, dass in der Öffentlichkeit immer häufiger über eine Aufhebung der Laufzeitbeschränkung für die drei letzten Kernkraftwerke in Deutschland diskutiert wird.

Unser Niedersachsen Check“ zeigt zudem, dass sich die Bewertung der Kernkraft seit dem Beginn des Krieges in der Ukraine in der Bevölkerung dreht. So halten zwar 47 Prozent der Befragten das Abschalten der Kernkraftwerke in Niedersachsen für richtig, aber ebenfalls 47 Prozent für falsch. Von einer mehrheitlichen Ablehnung der Technik kann also nicht gesprochen werden.

70 Prozent der Befragten sind sogar der Meinung, dass die für Ende des Jahres geplante Abschaltung der drei letzten deutschen Kernkraftwerke noch einmal überdacht werden sollte. Nur 28 Prozent unterstützen den geplanten Ausstieg zum Jahresende. Fazit: Die Zustimmung für Kernenergie ist groß.

Aktuell sind noch die Kernkraftwerke Emsland im niedersächsischen Lingen, Isar 2 in Bayern und Neckarwestheim 2 in Baden-Württemberg in Betrieb. Sie decken etwa 5 Prozent des deutschen Strombedarfs. Im vergangenen Jahr wurden die Kernkraftwerke Brokdorf in Schleswig Holstein, Grohnde in Niedersachsen und Gundremmingen in Bayern abgeschaltet. Sie deckten ebenfalls etwa 5 Prozent des Strombedarfs.

Ob die Laufzeitbeschränkung für die Kernkraftwerke aufgehoben wird, beziehungsweise die im vergangenen Jahr abgeschalteten Kraftwerke reaktiviert werden, ist vor allem eine politische Entscheidung: Dafür müsste das Atomgesetz geändert werden. Wenn sie so getroffen würde, müsste sie rechtssicher sein. Denn absehbar ist, dass bei einem Inbetriebbleiben der Anlagen Klagen von Kernkraftgegnern folgen würden. Daher kommt es in der politischen Entscheidungsfindung nicht nur auf das Wie an, sondern auch auf das Wann. Die Zeit drängt, sollen die Kernkraftwerke tatsächlich noch zu einer größeren Unabhängigkeit von Energieimporten beitragen.

Das ist die eine Herausforderung. Die andere: Ist es technisch und organisatorisch überhaupt möglich, die drei verbliebenen Kraftwerke länger laufen zu lassen und möglicherweise die drei im vergangenen Jahr abgeschalteten Atommeiler wieder ans Netz zu nehmen? Die Antwort: Im Prinzip ja, aber es erforderte viel Aufwand und würde teuer — und auch hier drängt die Zeit.

Um das näher zu beleuchten, wechseln wir von Braunschweig nach Garching bei München. Dort arbeitet Uwe Stoll, einer von zwei Geschäftsführern der Gesell-

schaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit (GRS). Sitz der Gesellschaft ist Köln, weitere Standorte gibt es in Braunschweig und Berlin. Gesellschafter der GRS sind der Bund, die Länder Bayern und Nordrhein-Westfalen sowie die Technischen Überwachungs-Vereine.

Im Gespräch mit unserer Zeitung benennt Stoll vier zentrale technische und organisatorische Herausforderungen, wenn es um ein Aufheben der Laufzeitbeschränkung geht.

Allerdings gibt es bei der Versorgung verschiedenen Haken:

1. Brennstäbe sind nicht im Kiosk nebenan erhältlich.
2. Die drei noch in Betrieb befindlichen Kernkraftwerke setzen laut Stoll keine standardisierten Brennstäbe ein, sondern maßgeschneiderte. Daher könnte bei ihnen kein Brennstoff aus dem Regal verwendet, sondern müssten speziell gefertigt werden.
3. richten sich die Betreiber der Kraftwerke seit 2011 auf das Abschalten der Atommeiler ein. Entsprechend ist die Planung, wenn es um die Versorgung mit Brennstäben geht.

1. Brennstoff

Zunächst eine kurze Erläuterung zur Funktionsweise eines Kernkraftwerks: In dessen Reaktor werden Brennelemente eingesetzt, die wiederum Brennstäbe enthalten. In den Brennstäben befindet sich speziell angereichertes Uran. Durch die Spaltung von Atomkernen im Uran entsteht Energie, die Wasser zu Wasserdampf erhitzt. Mit dem Wasserdampf wird über Turbinen ein Generator zur Stromerzeugung angetrieben.

Ohne Brennelemente und Brennstäbe läuft also nichts in einem Kernkraftwerk. Nach Angaben Stolls werden in einem Reaktor 193 Brennelemente eingesetzt, die in Summe etwa 50.000 Brennstäbe enthalten. Sollte die Laufzeitbeschränkung für die drei letzten Kraftwerke aufgehoben werden, müsste daher für Nachschub gesorgt sein, das gilt auch, sollten die drei im vergangenen Jahr abgeschalteten Kernkraftwerke reaktiviert werden. Über den Daumen gepeilt kostet ein Brennelement etwa 500.000 Euro, dessen Entsorgung etwa 1,5 Millionen Euro.

Soll heißen: Der Brennstoff müsste quasi außer der Reihe organisiert werden. Stoll nennt drei Lieferanten, von denen einer in Frankreich sitzt, mit einer Tochtergesellschaft in Niedersachsen, sowie zwei in den USA. Nach Angaben des GRS-Geschäftsführers würde die Lieferung mindestens ein Jahr dauern, weil die Brennstäbe außerplanmäßig bestellt würden. Eben deshalb

müsse mit Preisauflagen gerechnet werden, lautet Stolls Einschätzung.

Das Nadelöhr sei dabei nicht die Versorgung mit Uran – Kasachstan, Kanada Australien oder Namibia seien die größten Produzenten –, sondern die Anreicherung des Brennstoffs, erläutert Stoll. Die Anreicherung sei zwingend erforderlich, um das Uran in den Kraftwerken einsetzen zu können. In der Vergangenheit sei diese Anreicherung hauptsächlich in Russland erfolgt. Stoll: Der Prozess ist sehr aufwendig und energieintensiv. Bislang war Russland der günstigste Anbieter.“ Damit ist es aber nun vorbei, und das bedeutet: Auch die Kosten für das Aufbereiten werden steigen.

Vor dem nächsten Winter wäre also kaum mit neuen Brennstäben für die Kraftwerke zu rechnen. Doch könnten die aktuellen Brennstäbe laut Stoll dennoch in der kalten Jahreszeit 2022/2023 Energie liefern, wenn der Betrieb der Kernkraftwerke im Sommer deutlich eingeschränkt würde. Über diesen Weg ließe sich Brennstoff einsparen, der im Winter zur Verfügung stünde.

2. Personal

Personell haben sich die Kraftwerksbetreiber ebenfalls auf den Ausstieg Ende 2020 vorbereitet. Zwar dauert die Rückbauphase eines Kernkraftwerks etwa 20 Jahre. Doch werden dafür andere Fachkräfte benötigt als für den Betrieb. Wie Stoll ausführt, haben die Betreiber Personal unter anderem über Vorruhestandsregelungen abgebaut. Das ließe sich sicher noch einmal anpassen, würde aber entsprechende Kosten verursachen“, sagt er. Also wären auch beim Personal zusätzliche Kosten zu erwarten.

3. Wartung

Weil die Kraftwerke seit Jahren auf ihr Abschalten vorbereitet werden, wurde der Prüfungs- und Wartungsaufwand nach Angaben des GRS-Geschäftsführers entsprechend angepasst. Unter anderem sei eine umfangreiche, alle zehn Jahre anstehende große Sicherheitsprüfung nicht mehr angesetzt worden. Zwar seien die Kraftwerke technisch auf Höhe der Zeit und sicher, dennoch spricht Stoll von einem Wartungsstau. Das ist vor allem Papierarbeit“, sagt er. Würde der Weiterbetrieb politisch entschieden, müsste damit auch für das Nachholen von Prüf- und Wartungsarbeiten mit zusätzlichen Kosten kalkuliert werden.

4. Zeit

Auf der Hand liegt, dass sich kein Kraftwerksbetreiber auf Verdacht auf einen Weiterbetrieb oder eine Wiederaufnahme des Betriebs einlässt. Das würde erst

geschehen, wenn die Politik eindeutig entschieden hätte. Angesichts der Fülle der Aufgaben und der zu erwartenden Kosten müsste die Entscheidung möglichst rasch getroffen werden.

Und es kommt noch ein weiterer Faktor hinzu: Ohne politische Richtungsänderung schreitet die Außerbetriebnahme der Kraftwerke und ihr Rückbau weiter voran. Irgendwann hat der Rückbau einen Stand erreicht, bei dem es kein Zurück mehr gibt. Dann bliebe nur noch der Bau eines neuen Kernkraftwerks. Doch wie sicher sind die deutschen Atommeiler im internationalen Vergleich? Die deutschen Kernkraftwerke halten dem internationalen Vergleich stand und werden häufig als Krone der Technik bezeichnet", sagt Stoll.

Bleibt noch die Frage der Endlagerung ausgedienter Brennelemente und hochradioaktiver Abfälle aus den Kraftwerken. Dieses Problem ist in Deutschland nicht gelöst und politisch ein gewaltiger Kraftakt, bei dem für die Entscheider die Gefahr besteht, sich die Hände zu verbrennen. Aktuell werden die Castor-Behälter mit den ausgedienten Brennelementen und Abfällen noch an verschiedenen Standorten in Deutschland zwischengelagert. Nach Angaben der Gesellschaft für Zwischenlagerung in Essen sind es derzeit 1150 an

13 Standorten. Durch den Weiterbetrieb der drei noch laufenden Kernkraftwerke kämen jährlich etwa zehn hinzu", sagt Stoll.